



Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg

Die OMAS GEGEN RECHTS fordern die Politik auf, deutlich intensiver für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen einzutreten und diese Themen auf die politische Agenda bei ihren Koalitionsverhandlungen zu setzen

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März wenden sich die OMAS GEGEN RECHTS, Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg, gegen Diskriminierung, Gewalt und Benachteiligung und mahnen mehr für die Geschlechter-Gerechtigkeit in unserem Land zu tun.

Wir, die OMAS GEGEN RECHTS, sehen da insbesondere in den letzten Jahren kaum noch Fortentwicklung, teilweise sogar Rückschritte. Egal ob wir auf Politik, Wirtschaft, Soziales oder Familie blicken: Gerechtigkeitslücken offenbaren sich überall.

Hier nur drei Beispiele:

Politische Teilhabe: Von den bisherigen Bundestagsmitgliedern waren 34,4 Prozent Frauen. Im künftigen Parlament wird der Frauenanteil nur noch 31,2 Prozent betragen. Auch auf Länder- und Kommunalebene sieht es nicht besser aus. Je weiter rechts sich eine Partei verortet, desto kleiner ist der Anteil von Frauen im Bundestag (AfD 13,3 Prozent). Dass es auch anders geht, zeigen die Grünen mit 59,3 und Die Linke mit 53,8 Prozent. Es liegt also auch am Willen der einzelnen Parteien.

Arbeit: Der Anteil von Frauen an Teilzeitbeschäftigten ist immer noch sehr hoch. Hauptgrund dafür ist, dass Arbeit und Verantwortung für Kinder und Haushalt vorwiegend bei den Frauen liegen, es nicht genügend Einrichtungen für ganztägige Kinderbetreuung gibt und deren Ausbau nur schlep-pend verläuft. 67 Prozent der berufstätigen Mütter arbeiten in Teilzeit, berufstätige Väter in Teilzeitarbeit sind mit neun Prozent die Ausnahme. Auch liegt der Durchschnittslohn für Frauen deutlich unter dem der Männer. Mögliche Folge von all dem ist u.a. Altersarmut bei Frauen.

Gesundheit: Im Gesundheitssystem spielt spezifische Frauenmedizin eine untergeordnete Rolle. Längst ist bekannt, dass Frauen z. B. bei Herzinfarkten andere Symptome haben als Männer und auch anders auf verschiedene Medikamente reagieren. Häufig dauert es Jahre, bis weitverbreitete Frauenkrankheiten wie Endometriose diagnostiziert werden. Für frauenspezifische medizinische und pharmazeutische Forschungs- und Aufklärungsarbeit wird viel zu wenig Geld bereitgestellt.

Diese Themenliste ließe sich noch lang fortsetzen.



Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg

Wir OMAS GEGEN RECHTS setzen uns ein für Erhaltung und Stärkung der Demokratie. In einer starken Demokratie, in der etwa die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, darf dieses Verhältnis nicht nur eine statistische Größe sein, sondern es muss in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen deutlich sichtbar sein! Nach Einschätzung des Weltwirtschaftsforums aber wird es noch bis zum Jahr 2158 – also noch etwa fünf Generationen – dauern, um die volle Geschlechterparität zu erreichen.

Diese Zeit haben wir nicht!

Einen erschreckenden Beleg dafür liefert der Lagebericht des Bundeskriminalamtes, in dem erstmals (!) verschiedene Statistiken ausgewertet und dokumentiert sind. Das Ergebnis: Die Zahl an Straftaten gegen Frauen wächst kontinuierlich – von Beleidigungen und Stalking im Internet, Sexualdelikten, körperlicher Gewalt bis hin zum Mord.

- Insgesamt wurden 2023 mehr als 256.000 Fälle häuslicher Gewalt (davon mehr als 70 Prozent weibliche Opfer) polizeilich erfasst, ein Plus von fast 20 Prozent innerhalb von fünf Jahren bei vermutlich hoher Dunkelziffer.
- Täglich werden mehr als 140 Frauen und Mädchen in Deutschland Opfer einer Sexualstraftat.
- 360 Femizide in 2023 – fast jeden Tag ermordet ein Partner oder Ex-Partner eine Frau oder versucht es. (Die überwiegende Zahl der Täter/Tatverdächtigen ist deutscher Staatsangehörigkeit.)
- Frauen werden Opfer, weil sie Frauen sind. Aber sie werden auch Opfer, weil sie in unserer Gesellschaft keinen ausreichenden Schutz erhalten.

Das kürzlich verabschiedete Gewalthilfegesetz stellt da keine aktuelle Abhilfe in Aussicht:

- Ein Rechtsanspruch auf kostenlose Beratung und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder soll erst ab 2032 gelten.
- Erst ab 2027 bis 2036 sollen 2,6 Milliarden Euro zum Ausbau von Hilfsangeboten wie mehr Frauenhäusern bereitgestellt werden.
- Transfeindliche Gewalt bleibt im Gesetz außen vor – die CDU/CSU hat den Schutz von Transfrauen abgelehnt.

Wir OMAS GEGEN RECHTS fragen: Warum setzt sich die Politik nicht mit mehr Kraft für sofortige kostenlose Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern ein? Wo ist der Aufschrei in Politik und Bevölkerung?



Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg

Insbesondere nach der Bundestagswahl, bei der die AfD 20,8 Prozent der Stimmen erlangt hat, droht aktives Zurückdrängen von Frauen raus aus Arbeitswelt und Politik, zurück in die Familienarbeit, zurück an den Herd.

Das dürfen, können und werden wir nicht zulassen. Dagegen haben wir Frauen uns seit mehr als 100 Jahren eingesetzt und werden es auch heute und in Zukunft tun.

Auch als **OMAS GEGEN RECHTS**.

Oma Sabine und Oma Elke

OMAS GEGEN RECHTS Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg

Email: OmasImHerzogtum@gmx.net